

Gewerkschaftsbürokratie in Aktion:

Co - Management für das Kapital



IGM-Chef Zwickel (hier mit Gottschol und Stumpfe, Gesamtmetall):

kämpferisch
für "Standort Deutschland"
offen
für Rassismus
solidarisch
mit den Bossen



1996 war das Jahr, in dem die bürgerliche Regierung ihre Angriffe auf die "Tabus" der Arbeiterbewegung forciert hat. 7 Jahre nach dem "Sieg über den Kommunismus" triumphiert die Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und alle anderen Lohnabhängigen. Weit mehr als 6 Millionen Arbeitslose (Tendenz steigend), Abbau von erkämpften Rechten, sinkende Reallöhne, Zurückdrängung der Frauen an den Rand der Gesellschaft und die Zerschlagung fast der gesamten Industrie(arbeitsplätze) in der ehemaligen DDR sind die proletarische Übersetzung dieses Sieges. Die im September letzten Jahres parlamentarisch eingeleiteten Angriffe - Kürzung der Lohnfortzahlung, Erhöhung des Rentenalters, Verringerung des Krankengeldes, Abbau des Kündigungsschutzes, bereits zuvor Verlängerung des Ladenschlusses und Abbau elementarer medizinischer Versorgungsleistungen - waren weitere Schläge gegen alle Lohnabhängigen. Diese Angriffe sind nicht zu bejammern, wie es die Gewerkschaftsbürokratie auf Samstags- und Sonntagsveranstaltungen zu tun pflegt. Sie sind auch nicht ungerecht, wie uns das die Reformisten der unterschiedlichsten Schattierungen weismachen wollen - so als ginge es nur darum, die "gerech-

te", "soziale" Marktwirtschaft wieder herzustellen. Diese Angriffe sind Bestandteil des kapitalistischen Systems insgesamt. Die Bosse wissen das und eines ihrer Sprachrohre, die *WirtschaftsWoche*, schreibt:

"Soziale Gerechtigkeit ... aber kann es nur in einer Befehls-wirtschaft geben, in der der Staat die ... Einkommen der einzelnen Bürger bestimmt. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ... ist der Begriff ... 'völlig sinnlos'" (WW 31/96).

Angesichts ausbleibender Gegenwehr gegen das "Sparpaket" hatten bürgerliche Regierung und Kapital noch vor seiner parlamentarischen Absegnung weitere Angriffe angekündigt. Abbau der Renten, Kürzung der Azubilöhne um 20 %, Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden je Woche (ohne Lohnausgleich versteht sich) und generell die Senkung der Löhne um 20 % sind die nächsten Ziele. Flächentarife, die seit Jahren immer mehr unterlaufen werden, sollen nicht mehr dem Schutz der Lohnabhängigen dienen, sondern die Konkurrenzbedingungen der Kapitalisten untereinander und auf niedrigstem Niveau regeln oder, wenn sie diese Funktion nicht erfüllen, "Kalten Herzens abgewickelt" (Gesamtmetall-Vorsitzender Stumpfe) werden.

Dieser Horrorkatalog ist für viele nicht neu. Alle Lohnabhängigen in der ehemaligen DDR sind damit bestens vertraut. Dieser Katalog wird dort seit über sechs Jahren durchgezogen, mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie. Die Angriffe von Kapital und bürgerlicher Regierung gehen dabei Hand in Hand. Unterschiedliche Konzepte der Bourgeoisie haben das gleiche Ziel: Erhöhung der Profite durch Lohnsenkung. Der Osten war dabei für die Bourgeoisie nur der Anfang. Den Hintergrund für die Angriffe bildet das Aufeinandertreffen der weltweiten imperialistischen Ambitionen des deutschen Kapitals auf die seiner imperialistischen Konkurrenz. Die verschärfte imperialistische Konkurrenz, in Verbindung mit dem Einsatz neuer technischer Entwicklungen, soll uns als übernatürliches Wesen mit Namen "Globalisierung", dem wir uns bedingungslos unterzuordnen haben, verkauft werden. Steigende Profite und sinkende Löhne sind kein Gegensatz, sondern die Ausgangsbasis für die "friedliche" Variante, mit der der deutsche Imperialismus gegen seine Konkurrenz bestehen will. Da das alleine noch nicht ausreicht, wird die Polizei im Inneren aufgerüstet und nach Außen legt die Bundeswehr militärisch, mit dem Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien, zu. Begleitend wird ein nationalistischer Propagandafeldzug für den "Standort Deutschland" geführt. Jeden Tag wird uns eingehämmert, was "wir" uns alles nicht mehr leisten können, kein "Argument" ist zu dumm. Die *WirtschaftsWoche* entdeckte sogar:

"Der einheitliche Flächentarif ... verstärkt die Disparitäten.
... Insofern verursacht er auch die Staus im Berufsverkehr"
(WW 30/96).

Die Propaganda für Lohnkürzungen und Abbau von Errungenschaften hat, angesichts der Angst den Arbeitsplatz und Lohneinkünfte zu verlieren, Wirkung gezeigt. Bei Viessmann z.B. stimmten über 95 % der Arbeiter und Arbeiterinnen für drei Stunden unbezahlte Mehrarbeit pro Woche.

Und der Nationalismus wird nicht nur propagiert, sondern auch umgesetzt. Nach der de facto-Abschaffung des Asyl-

rechts läuft seit geraumer Zeit die Abschiebungsmaschinerie auf Hochtouren, was für die Flüchtlinge das Zurück in Bürgerkrieg und Elend, z.T. den sicheren Tod, bedeutet. Das Verbot der PKK vor 3 Jahren und die angedeuteten Verbote weiterer linker Immigrantensorganisationen sollen die ImmigrantInnen politisch in die Illegalität treiben; sich politisch links zu organisieren wird für sie zum Verbrechen. Gleichzeitig ist die Polizei dazu übergegangen, zugewanderte Kolleginnen und Kollegen - sei es mit oder ohne PKK-Fahne - auf Gewerkschaftsveranstaltungen und linken Demonstrationen gewaltsam anzugreifen.

Die Gewerkschaftsbürokratie hält nicht nur nichts dagegen, sondern kocht zusätzlich ihr national-chauvinistisches Süppchen: Die IG-BAU-Bürokratie organisiert z.B. Razzien in Zusammenarbeit mit der Polizei gegen "illegale" Bauarbeiter. Das ist Wasser auf die Mühlen von Republikanern und Nazis, die mit der Losung "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" demonstrieren und Saisonarbeiter auf dem Bau zu Tode prügeln. Die Spaltung der Arbeiterklasse ist ein Garant für ihre Niederhaltung.

Wer setzt dem nichts entgegen?

Auf politischer Ebene gibt es keine nennenswerte Größe, die den Angriffen der Bourgeoisie entgegentritt. Von der SPD - die, wenn überhaupt, nur kurzzeitig Oppositionsrückfälle erleidet - werden die Angriffe in einer de facto Großen Koalition mitgetragen, gefordert bzw. selbst auf Landes- und Kommunalebene durchgeführt. Lafontaine beschwerte sich auf der Anfang Juni letzten Jahres abgehaltenen Perspektivkonferenz der SPD darüber, daß Kohl (wie schon 1990 vor den Bundestagswahlen) nicht vor den Landtagswahlen im März den Abbau von Schutzrechten angekündigt hat.

"Dieses Täuschungsmanöver sei 'staatspolitisch kurzsichtig und töricht'. Es habe der deutschen Wirtschaft einen Schaden zugefügt, 'den wir heute noch gar nicht ermessen können'". Und weiter: "Lafontaine unterstrich die Notwendigkeit, in den öffentlichen Haushalten und im Sozialsystem zu sparen" (SZ 04.06.96).

Diese SPD ist keine Opposition und wird auch kaum noch als solche wahrgenommen. Die Stimmenverluste der SPD bei den Kommunalwahlen im September 1996 in Niedersachsen, zwei Tage nach Verabschiedung des "Sparpaketes", sprechen eine deutliche Sprache.

Lohnabhängige im Osten glauben, daß die PDS eine Alternative bieten könnte, doch diese versucht sich als staatsmännische Reserve zu präsentieren und wendet sich dem ostdeutschen Kleinbürgertum zu. Die Androhung der flächendeckenden Bespitzelung, wie z.B. Anfang dieses Jahres in Berlin, treibt die PDS noch weiter nach rechts. Wo sie die Gelegenheit dazu hat, stimmt sie den kapitalistischen Angriffen zu. Berlin-Marzahn PDS-Bürgermeister Buttler, der den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 1996 in Marzahn zugelassen hat, stimmte für die Kürzungsvorlagen des Berliner CDU/SPD-Senats. Wo die PDS so noch nicht wirken kann, arbeitet sie an einer Strategie dahin: Im "Brief aus Sachsen" orientierte die Dresdener PDS-Vorsitzende Ostrowski auf das "bodenständige Klein-Unternehmertum"; zeitgleich kursierte ein Thesenpapier des PDS-nahen Unternehmerverbandes, in dem u.a. Kürzung der Lohnfortzahlung und Einführung von Karenztagen gefordert werden.

Und die Gewerkschaften?

Für viele - sofern sie nicht angesichts der Kollaboration der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Klassenfeind und der ständigen Bekenntnisse zum Kapitalismus (im neuen DGB-

Inhalt:

| | |
|---|-------|
| <i>Gewerkschaftsbürokratie in Aktion</i> | S. 1 |
| <i>Viele Wege führen in die Sackgasse</i> | S. 4 |
| <i>Der AKP kapituliert</i> | S. 8 |
| <i>Die neuen Realitäten des BSA</i> | S. 16 |

Redaktionsschluß: 01.03.97

BOLSCHEWIK 
Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag

V. i. S. d. P.: M. Martin, 10502 Berlin

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

Grundsatzprogramm bekräftigt) resigniert haben - stellen die Gewerkschaften die einzige Bastion gegen die Angriffe von Kapital und bürgerlicher Regierung dar. Im Namen der Sicherung der Exportwirtschaft und mit dem Argument "wir sitzen alle im gleichen (nationalen) Boot" haben die Bürokraten den ArbeiterInnen schon immer Verzicht und Mäßigung gepredigt. Nach der reformistischen Logik mußte und muß es erst den Unternehmen gutgehen, damit dann von den so gesicherten Profiten ein paar Krümel im Namen der Kaufkraftsicherung für die ArbeiterInnen erbettelt werden können, um die Autorität der reformistischen Verräter zu stützen und den "sozialen Frieden" zu erhalten. So wurden Kämpfe abgewürgt, insbesondere wenn es galt, Massenentlassungen nicht "sozial abzufedern" sondern zu verhindern. Die entfesselte internationale Konkurrenz und der niedrige Stand des Klassenbewußtseins verlangen von den Reformisten und ermöglichen es ihnen, den "Verzicht pur" zu predigen und jede Reformforderung der Logik "Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze" zu opfern. Auf Betriebsebene dient sie Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären als Richtschnur. Unter Führung der IG Metall im "Bündnis für Arbeit" wurde diese Logik zur landesweiten offiziellen Gewerkschaftslinie.

Das offizielle Scheitern des "Bündnis für Arbeit" kann darüber nicht hinwegtäuschen. Es ist nur das Ergebnis der Weigerung des Kapitals, leere Versprechungen für eine Arbeitsplatzgarantie abzugeben, mit der uns die Gewerkschaftsbonzen den Lohnverzicht schmackhaft machen wollen. Mit diesem leeren Versprechen ausgestattet, vereinbarte z.B. der Mercedes-Betriebsrat in Kassel 5 % Lohnverzicht, die Kürzung von Zulagen und flexiblere Arbeitszeiten; gültig für vier Jahre ab 01. Januar 1997.

Die Mehrzahl der Betriebsräte und Gewerkschaftsbürokraten verstehen sich und agieren immer offener und ungeschminkter als Co-Manager für den "Standort Deutschland". Der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall Nürnberg, Gerd Lobodda, spricht es deutlich aus. In einem Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* sieht er die langsamen Umstrukturierungen (sprich ausbleibende Massenentlassungen) in "seinem" Zuständigkeitsbereich als "Alarmsignal" mit der Konsequenz:

"Ich werde mich ab sofort mit meinen Sekretären auf den Weg machen, in jeden dieser Betriebe gehen und einklagen, daß er sich modernisiert". Die Frage der SZ: "Die IG Metall in neuer Funktion als Unternehmensberater?" beantwortet Lobodda mit "Natürlich. ... Es ist unverantwortlich von denen, nicht auf neue Prozeßstrukturen umzustellen" (SZ 15./16.06.96).

Daß dies mit Massenentlassungen und Lohnabbau einhergeht, weiß dieser Bürokrat ganz genau. Zynisch erklärt er:

"Was uns anbetrifft, ich bin mir sicher, daß die Arbeitnehmer, unsere Mitglieder, einsichtig und bereit sind, sich von einer ganzen Reihe materieller Leistungen, die aus den fünfziger, sechziger, siebziger Jahren stammen, zu trennen" man muß nur "den Reichtum anders definieren" (*ebenda*).

Von hier ist es nicht weit zu einem Steinkühler - der zusammen mit Zwickel mehrere Millionen an Gewerkschaftsgeldern durch Immobilienspekulationen in die Taschen befreundeter Makler gewirtschaftet hat -, der ohne Problem vom Oberbürokraten zum Kapitalisten mutieren konnte.

Die Schamlosigkeit der Gewerkschaftsbürokratie zeigte sich in aller Deutlichkeit auf den bundesweiten Veranstaltungen am Wochenende (!) vor der Verabschiedung des "Sparpaketes". Neben der obligatorischen "Roten Karte" für Bonn wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, daß

"gerecht" gespart werden müsse und als nächste Kampffraktion wurde auf die Bundestagswahl 1998 verwiesen. Diese Veranstaltungen waren 1996 Höhepunkt der (erfolgreichen) Demobilisierung der Gewerkschaftsbürokratie, um einen effektiven Kampf gegen die Angriffe zu verhindern. Die 350000 zählende Demonstration im Juni 1996 in Bonn diente bereits dazu, die zuvor zahlreich aufkeimenden Proteste zu kanalisieren, diese von den parallel stattfindenden Tarifikämpfen zu separieren und auf dem Weg in den "heißen Herbst" auszutrocknen. Und was geschah im Herbst, als sich - zum Schrecken der Gewerkschaftsbosse - Zehntausende an den Kämpfen gegen die Durchsetzung der Parlamentsbeschlüsse beteiligten?

Das Ergebnis der Bürokratenschacher mit den Kapitalisten: Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (in die Berechnungsgrundlage werden keine Überstundenzuschläge, Urlaubsgeld usw. einbezogen), Kürzung von Weihnachts-/Urlaubsgeld inkl. Koppelung an den Krankenstand, weitere Arbeitszeitflexibilisierung und Spaltung der Arbeiterklasse selbst in einzelnen Branchen über Haustarife sind eine klare Niederlage für die Lohnabhängigen. Im Metallbereich wurde zusätzlich für zwei Jahre Reallohnsenkung vereinbart.

Der Unmut in der Arbeiterklasse ist groß. Verbitterung aber auch Resignation sind insbesondere im Osten angesichts ständiger Niederlagen nicht zu übersehen. Ein IG Metall-Kollege aus Frankfurt (Oder) schreibt: "Wie hat man uns in der DDR über den Kapitalismus belogen - er ist viel schlimmer" (*metall* 7/96).

Die Eintritte in die Gewerkschaften machten deutlich, daß von Teilen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit zum Zusammenschluß und zur Gegenwehr durchaus erkannt wurde. Gleichzeitig jedoch werden solche Impulse durch die Ausverkaufspolitik der Bürokraten zerstört. Die Gewerkschaftsbürokratie scheint die Arbeiterklasse fest im Griff zu haben und die Bourgeoisie weiß das - wie sie freudig bekannt gibt - zu würdigen:

"Mit dem Schlichterspruch im öffentlichen Dienst wurde der Weg für den niedrigsten Gehaltsabschluß in dieser Tarifrunde bereitet" und weiter: "Die Erhöhung der Ostgehälter ... hat nur symbolischen Wert. Dabei muß den Gewerkschaften besonders hoch angerechnet werden, daß sie den Haushaltsplanern von Bund, Ländern und Gemeinden Kalkulationssicherheit für 1997 gegeben haben" (*Handelsblatt* 14.06.96 nach *Deutsche Bundesbank Auszüge aus Presseartikeln* 38/96).

Doch mit zunehmender Entfernung und Entfremdung der Gewerkschaftsbürokratie von der Basis, je weiter sie ihre "verdeckte Arbeit" für das Kapital offenlegt und damit die Existenz der Gewerkschaft selbst bedroht, um so schreier wird die Notwendigkeit einer revolutionären Alternative. Eine solche Alternative aufzubauen erfordert den konsequenten Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsführung. Sektierertum und Abstentionismus, wie sie die Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) praktizieren, sind genauso Hindernis wie die unterschiedlichen Variationen der reformistischen/zentristischen Linken à la Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), Gruppe Arbeitermacht (GAM), Sozialistische Alternative VORAN (SAV), Aktionskreis Kommunistische Politik (AKP) etc. Eine klärende Auseinandersetzung mit deren Konzepten ist unabdingbare Voraussetzung für die Herausbildung einer revolutionären Partei, die den Kampf um die Gewerkschaften aufnehmen kann ■